

Leipziger Volkszeitung, 18.01.2011, **SPD und Linke rufen zu Protest gegen Neonazis in Dresden auf**, dpa, <http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/spd-und-linke-rufen-zu-protest-gegen-neonazis-in-dresden-auf/r-mitteldeutschland-a-70475.html>

Berlin/Dresden. Gegen die geplanten Aufmärsche von Neonazis am 13. und 19. Februar in Dresden formiert sich weiter parteiübergreifend Widerstand. Am Dienstag riefen auch die Berliner SPD und die nordrhein-westfälische Landesgruppe der Linken im Bundestag zu Gegendemonstrationen auf. Die Berliner sollten sich an den Protesten in Dresden beteiligen, erklärten SPD-Chef Michael Müller und Jusos-Chef Christian Berg. Die Linken aus NRW sprachen sich für eine Teilnahme an Massenblockaden aus. Sachsens Linke ermutigten die Stadt Dresden, bereits im Vorfeld alle rechtlichen Mittel im Zusammenhang mit den Aufmärschen zu prüfen.

Dresden war am 13. und 14. Februar 1945 bei Bombardements der Alliierten zerstört worden. Daran wollen Neonazis wie in den Jahren zuvor auch dieses Mal wieder erinnern. Geplant sind Aufmärsche am 13. und 19. Februar. 2010 hatten sich mehrere Tausend Menschen den Neonazis entgegengestellt, die deshalb nicht wie geplant durch Dresden laufen konnten. Politiker der Linken sollen sich deshalb wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft ihnen vor, eine genehmigte Kundgebung der Rechtsextremen blockiert zu haben. Betroffen sind die Fraktionschefs der Linken in den Landtagen von Sachsen, Thüringen und Hessen.

Die Dresdner CDU sprach sich am Dienstag erneut gegen die politische Instrumentalisierung des Gedenkens an den Luftangriff aus. „Die Rechtsextremisten sollten diese Stadt endlich in Ruhe lassen, der Geschichtsrevisionsismus ist absolut unnötig und wird auch in keiner Weise von der Dresdner Bevölkerung unterstützt“, erklärte CDU-Kreischef Lars Rohwer. Zugleich kritisierte er die Grünen, die auch den Umgang mit dem Gedenktag hinterfragen. „Statt Besserwisserei sollte die Dresdner Gedenkkultur von den Grünen akzeptiert werden“, sagte Rohwer.